

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1847

10.2.1847 (No. 40)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, den 10. Februar.

N^o. 40.

Vorausbezahlung: jährlich 8 fl., halbj. 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 fr. und 4 fl. 15 fr.
Einkaufsgebühr: die gefaltene Beitzelle oder deren Raum 4 fr. Briefe und Gelder frei.

1847.

Auswanderung.

A Darmstadt. Es liegt uns der Entwurf der Statuten „des Nationalvereins für deutsche Auswanderung und Kolonisation für das Großherzogthum Hessen“ vor, der dieser Tage hier in Umlauf gesetzt wurde und zum unmaßgeblichen Anhaltspunkt einer freien Berathung dienen soll. Es heißt darin: „Vereinte Kräfte können viel bewirken, und es wäre gewiß erfreulich, wenn auch die Organisation der Auswanderungsangelegenheit, welche immer mehr unter den national-ökonomischen Bedürfnissen Deutschlands in den Vordergrund tritt, zuerst in unserer Stadt, der Wiege schon so mancher segensreich wirkenden Vereine, in Angriff genommen und zu einem glücklichen Abschluß gebracht würde.“ Dies ist auch unser herzlichster Wunsch, und wir theilen deshalb unsern Lesern aus diesem „Entwurf“ schon jetzt Einiges mit, behalten uns aber vor, später das Resultat der Besprechung, die für jetzt noch nicht anberaumt ist, anzuzeigen. §. 1. Zweck des Vereins. Der Zweck des Vereins ist zunächst für das Großherzogthum Hessen, nach und nach aber in allen deutschen Staaten durch selbstständige Vereine, welche sich an den für das Großherzogthum Hessen als Zentralverein freiwillig anschließen, die Bedürfnisse der deutschen Auswanderung und Kolonisation durch Rath und That in allen, den Deutschen nöthig gewordenen Ansiedlungsgebieten der Erde in vollem Umfang zu befriedigen. §. 2. Umfang der Thätigkeit und Fürsorge des Vereins. Der Verein erstrebt diese, durch mancherlei Ursachen nothwendig gewordenen Bedürfnisse der Auswanderung und Kolonisation durch folgende Mittel für die zur Ausführung der im §. 1. angegebenen Zwecke: 1) Der Verein übernimmt zu den billigsten Preisen die Leitung und Ueberwachung aller Auswanderer aus dem Großherzogthum von der Abreise an bis zum neuen Niederlassungsorte. 2) Der Verein bestellt in den Hauptlandungs-orten der überseeischen Länder Agenten, welche den Ankommenden nicht allein mit Rath und That im Allgemeinen beistehen, sondern Allen nach ihren Bedürfnissen und Mitteln Auskunft über den wohlfeilsten und sichersten Ankauf von Ländereien ertheilen, oder den Armen, welche durch ihre Händearbeit erst sich Etwas erwerben wollen, sogleich bei ihrer Ankunft hinlängliche Arbeit zur Gewinnung der erforderlichen Lebensmittel verschaffen. (Dieser Punkt dürfte vorerst die größte Schwierigkeit bieten, indem die Anstellung zuverlässiger Agenten zugleich schon Geldmittel zur Befoldung derselben erheischt, denn ohne Befoldung wird man in den überseeischen Ländern nur Namen-Agenten finden, mit welchen dem Auswanderer nichts geholfen ist. Anmerkung des Korresp.) 3) Bestellt der Verein in den wichtigsten Städten des Großherzogthums besondere Agenturen, durch welche die Verbindung zwischen dem Direktorium und den Auswanderern vermittelt wird. — §. 3. Mittel und Einnahme des Vereins. Sie bestehen 1) aus freiwilligen Beiträgen, Geschenken, Legaten und Erbschaften. 2) Aus Aktien zu je fünf Gulden, für welche der Inhaber eine vierprozentige Verzinsung erhält. (Dies dürfte gleichfalls nicht so leicht durchzuführen seyn, als es vielleicht bei der Niedrigkeit der Aktien den Anschein hat; vorausgesetzt, daß die freiwilligen Beiträge und Geschenke nicht sogleich ein namhaftes ausmachen. Anmerk. des Korresp.) 3) Aus den von den Auswanderern zu zahlenden Kosten. — §. 4. Verwendung der Mittel und Einnahme. Dasselbe wird verwendet: 1) Zur Befoldung des Vorstandes und der Agenten. 2) Zur Befriedigung der Ueberfahrtskosten der Auswanderer. 3) Zur Befriedigung der Korrespondenz und Druckschriften. 4) Ein Drittheil des durch obige Mittel erworbenen Vermögens bildet den Kapitalstock des Vereins, der zum Ankauf von Ländereien verwendet wird, welche an den geeigneten Orten zu eigenen Ansiedlungspunkten des Nationalvereins bestimmt werden, um durch sie die Auswanderer an einzelnen Orten in größeren Massen anzusammeln und dadurch zur Erhaltung deutschen Lebens und fortwährender Verbindung mit dem Mutterlande beizutragen. (Dies scheint uns die verticlichste Seite des Plans, denn Europa überhaupt und Deutschland insbesondere kann nur bleibenden Gewinn von größeren Kolonisationen ziehen, wenn die Verbindung der Ausgewanderten mit dem Mutterland erhalten wird. Der Abzug überzähliger Bewohner ist freilich schon viel werth, aber noch durchaus nicht der Gipfel des Unternehmens! Anmerk. des Korresp.) §. 5. Mitglieder des Vereins sind nur ordentliche und zwar: Diejenigen, welche sich durch eine Aktie von fünf Gulden theilhaben. (Der Korrespondent möchte auch solche als Mitglieder betrachtet wissen, die unter dem Schutze und der Leitung des Vereins ausgewandert sind und dann in der neuen Heimath, so viel als möglich, für die Zwecke desselben wirken: ihre Theilnahme wird, zumal bei neu angelegten Kolonien, häufig die Bemühungen der Agenten unterstützen und ergänzen müssen.) §. 6. Rechte und Verpflichtungen der Mitglieder. Sie haben: 1) Gleiches Stimmrecht bei den Beratungen der Hauptversammlungen, so wie das Recht, an den Wahlen der Vorstandsmitglieder Theil zu nehmen. 2) Anspruch auf ein Exemplar der vom Verein auf Vereinskosten herausgegebenen Druckschriften. (Doch wohl nicht ganz unentgeltlich? Das wäre zu viel versprochen!) §. 7. Vorstand des Vereins. Er besteht aus einem auf 3 Jahre gewählten Direktorium von 15 Mitgliedern, deren Sitz Darmstadt ist und welche Präsidenten, Vizepräsidenten, Sekretäre etc. aus ihrer Mitte wählen. Sie erhalten eine angemessene Entschädigung. Zweigvereine haben das Recht, aus ihrer Mitte das Direktorium durch einen eigenen Abgeordneten zu vermindern. Bilden sich in andern deutschen Ländern Hauptvereine, welche sich an den zu Darmstadt freiwillig anschließen, der alsdann ein deutscher Zentralverein wird, so erhalten sämtliche Direktorien der Hauptvereine das Recht, aus dem Direktorium der Sektion Großherzogthum Hessen die Hauptbeamten für den Zentralverein auf drei Jahre zu ernennen. Sämmtliche Direktoren sind für alle Beschlüsse der Hauptversammlung verantwortlich. Die §§. 8 — 11 bezeichnen die Geschäfte des Vorstandes, die Hauptversammlung (jährlich einmal), die Zeitschrift des Vereins (der hier erscheinende „deutsche Auswanderer“ u. s. w. Wir rufen diesem Verein von Herzen Glück auf! zu. Gewiß wird er schon in diesen Tagen Gelegenheit finden, die nöthigen Verbindungen in Amerika einzuleiten. Es geht nämlich sehr bald eine Gesellschaft meistens junger Männer, etwa 40 an der Zahl, von hier

ab, um für Auswanderungsvereine dort sich umzusehen, oder aus wissenschaftlichen Zwecken. Unter diesen ist der Dr. med. v. Herrf, ein geist- und kenntnißreicher, hier sehr beliebter junger Arzt, ein Mann von Energie und Eifer für diese deutsche Nationalangelegenheit. Zwar wird er, wie man hört, zunächst nur für ein Lieblingsstudium, die Botanik, Nordamerika durchwandern; jedenfalls aber darf sich der neue Verein wichtige Dienste von ihm versprechen.

Deutschland.

A Karlsruhe, 9. Februar. Seine Durchlaucht der Herr Fürst von Fürstenberg, Höchstseiner edle Menschenfreundlichkeit so gerne Segen verbreitet und überall dankbare Herzen sich zu gewinnen weiß, haben auch die Armen unserer Stadt mit einem großmüthigen Geschenk bedacht. Höchstselben ließen dem Kreuzerverein und der Armenkommission je eine Fünzigthalernote und dem Frauenverein ebenso eine solche zustellen. Mit dankbarer Rührung werden die Dürftigen und Nothleidenden den fürlichen Geber segnen.

V Karlsruhe, den 9. Februar. Der „Tagesherold“ erwähnt der in unserem Blatte Nr. 34 mitgetheilten Berichtigung jener Beschwerden, welche die „Allg. Zeitung“ wegen Postverzögerung in Karlsruhe erhoben, und findet darnach die Verzögerungen nach Frankreich erklärlich, d. h. nicht durch die badische Postverwaltung veranlaßt. Dagegen ist ihm die Verzögerung der aus Frankreich kommenden Sendungen noch nicht recht klar geworden. Wir denken, auch dieser letzte Zweifel wird dem „Tagesherold“ schwinden, wenn er unsere Mittheilung über diese Sache in Nr. 33 der „Karlsruher Zeitung“ nachzulesen sich die Mühe nehmen will. Er wird nämlich dort finden, daß gerade die Straßburger Blätter selbst nicht bloß über verspäteten, sondern über unregelmäßigen Postenlauf von Paris nach Straßburg bittere Klage führen, und nachweisen, daß die pariser Post öfter 8, 10, 12 und noch mehr Stunden zu spät in Straßburg eintrifft, weil die französischen Posthalter nicht genug Pferde haben, um den Dienst pünktlich zu versehen. Ist die französische Post einmal dießseits des Rheins im Bereiche der badischen Postverwaltung, so findet keinerlei Verzögerung mehr Statt, wenigstens so lange sie von der letztern geführt wird. Uebrigens ist unseres Wissens auch über Verzögerung der Sendungen aus Frankreich durch die badische Postverwaltung keine Klage geführt worden.

A Karlsruhe, 9. Februar. Die Ausweisung Heinen's aus Zürich, welche von allen schweizer Blättern mit Ausnahme der „Berner Zeitung“ gut geheißen wurde, ward von zwei badischen radikalen Blättern dazu benutzt, nicht bloß die zürcher Regierung mit Schmähungen zu überhäufen, sondern diese Ausweisung sogar als eine Folge von Unterhandlungen zwischen Bayern und den eidgenössischen Kommissarien in München darzustellen, so daß Bayern für die Ausweisung Heinen's eine Ermäßigung des Ausfuhrzolls von Getreide für die Schweiz bewilligt habe. — Man höre nun, wie ein radikales Schweizerblatt, die „Nationalzeitung“, über diesen Gegenstand u. über die beiden Wortführer des radikalen Fortschritts in Baden urtheilt: „Die „Mannheimer Abendzeitung“ brachte vor einiger Zeit einen Artikel, worin die Ausweisung Heinen's mit der Abfindung eidgenössischer Kommissarien nach München in Verbindung gebracht war, und behauptete mit fecker Stimme, diese Kommissarien seyen beauftragt gewesen, der bayerischen Regierung die Ausweisung Heinen's um den Preis der Herabsetzung des Getreideausfuhrzolls anzubieten. Als dieser Artikel in der „Mannh. Abendzeitung“ erschien, hielt es wahrscheinlich Niemand der Mühe werth, diese Nachricht, deren Unwahrheit auf der Hand liegt, zu widersprechen. Heinen wurde von der zürcher Regierung ausgewiesen: die eidgenössischen Kommissarien aber wurden vom Vorort nach München abgeordnet; es waren also zwei verschiedene Behörden, von denen die beiden Schritte ausgingen. Unter den Kommissarien befand sich Hr. Sonnenbach, ein Konservativer; ist es nun wahrscheinlich, daß die liberale zürcher Regierung bei Verhandlungen, die wenn sie wahr wären, ihre Ehre im höchsten Grade bedeckten, ihre politischen Gegner als Unterhändler gebrauchen würde? Ferner ist Heinen bloß aus dem Kanton Zürich verwiesen worden, und weder die zürcher Regierung noch der Vorort können einem andern Kanton verbieten, ihn aufzunehmen. Ist es nun wahrscheinlich, daß die bayerische Regierung eine Ermäßigung des Ausfuhrzolls für die ganze Schweiz eintreten läßt, bloß weil Heinen aus Zürich verwiesen worden ist, und dabei die ganz wahrscheinliche Gefahr läuft, wogegen ihr die eidgenössischen Kommissarien gar keine Garantie geben konnten, daß Heinen in einem andern Kanton aufgenommen wird und von da seine literarischen Feinden gegen die deutschen Regierungen fortsetzt? Wir glauben, daß diese wenigen Betrachtungen genügen werden, um das Unsinige in jener Kombination jedem Unbefangenen klar zu machen; für den Schweizer bedurfte es derselben ohnehin nicht, denn er kennt die Leute, welche in Zürich obenanstehen, zu gut, um sie nur von ferne einer solchen Handlung für fähig zu halten. Man könnte sich darüber verwundern, daß zwei radikale deutsche Zeitungen auf so empörende Art mit Beschuldigungen gegen eine liberale schweizer Regierung auftraten, wenn nicht die beiden genannten Blätter in den innern Verhältnissen Badens auf gleich terroristische Weise verfahren. Auf diese Weise geriethen die beiden radikalen Blätter auch mit dem gemäßigten Theile der liberalen badischen Presse in Zwiespalt und Streit, so namentlich mit dem „Mannheimer Journal“ und der „Kundschau“. Glücklicher Weise sind jene die Sache des Fortschritts repräsentirenden beiden Blätter keineswegs die liberale Partei in Baden, sondern nur eine kleine Fraktion derselben, welche von dem liberalen „Mannheimer Journal“ sehr treffend als Verzweislungspartei bezeichnet worden ist.“

S Bruchsal, 6. Febr. (Korresp.) Seitdem das großherzogl. Staatsministerium im Anfange November v. J. definitiv ausgesprochen hat, daß der Sitz des Hofgerichts von Rastatt nach Bruchsal verlegt werden solle, haben sich auch mehrere andere Städte darum beworben, und sind besonders einige Korrespondenzen aus Baden in verschiedenen öffentlichen Blättern

bemüht, jetzt hintennach die für Bruchsal wohl überdachte, längst in Aussicht bestandene und sehr vortheilhafte Erwerbung in Zweifel zu stellen, jene höchste Verfügung zu ignoriren oder doch widerruflich zu machen, und namentlich dabei die hiesigen Verhältnisse in ein ganz schlechtes Licht zu ziehen. Abgesehen davon, daß Niemand die höchste Entschliebung eine übereilte, ungegründete wird zu nennen wagen, so ist eben so gewiß, daß das hohe Staatsministerium durch jene inspirirten, das heißt wahrscheinlich von einigen interessirten Privaten veranlaßten Artikel sich nicht wird bewegen lassen, ohne gewichtige Gründe von dem gefaßten Beschlusse einem nachträglichen Wunsche Einzelner zu Gefallen abzugeben! Solche gewichtige Gründe scheinen uns aber keine neuerdings vorzuliegen, und die früheren sind ohne Zweifel wohl erwogen worden. Wir wollen zwar nicht verübeln, daß auch andere Städte um das sich bemühen, was uns sehr angenehm ist, und für das wir hier Alles aufbieten werden; allein es ist denn doch nicht sehr empfehlend, wenn man bloß durch die Fehler Anderer gewinnen will, indem man nur mit diesen sich zu brüsten sucht, von sich aber keine Vorzüge nachgewiesen hat, und dann, warum war denn die neue Erwerbung nicht früher schon da? Seit 40 Jahren ist das Augenmerk der großherzogl. Regierung auf Bruchsal gewendet, um die Stadt für ihre früheren großen Verluste bei irgend einer Veränderung zu entschädigen; schon seit Jahren ist die Erwerbung des Gerichtshofes in Aussicht gestellt, warum ist man denn so lange mit seinen noch unerwiesenen Vorzügen zurückgeblieben, und tobt jetzt so post festum? Daß aber bei Verlegung solcher Stellen stets auf den Gewinn der einzelnen Lokalfürsorgern im allgemeinen Interesse Rücksicht genommen wird, ist eine weise Fürsorge, welche sich immer als nothwendig gezeigt hat. — Man sagt in einem Artikel, Nr. 31 dieser Zeitung, daß durch die Entfernung von hier bis Oeffenburg und Haslach für die letzteren Bewohner das Rechtstücken vertheuert wird, bedenkt aber nicht, daß dadurch der ganze untere Theil des Kreises wohlfeiler dazu kommt, daß das Land immer die gleiche Länge hat, ob man oben anfängt oder unten, daß die einzelnen Ortsentfernungen immer wieder sich ausgleichen zu demselben Resultat, und daß endlich gerade deshalb das neue Strafverfahren das Gleiche kosten wird, weil mit dem Hofgericht nicht auch die unteren Orte hinaufzücken, sondern die Entfernung von hier größer und theurer wird, wie sich oben hin die Kosten mindern. Also dies ist kein Grund gegen Bruchsal. Aber letzteres hat keine Wohnungen! Ich weiß Niemand, der hier eine solche entbehrt; es haben hier schon viele Leute sehr billig Raum zur Handesgemäßen Unterkunft gefunden, ohne daß ein Anderer auf die Gasse verwiesen werden mußte. So gefährlich steht es nicht; aber daß für den Augenblick der Noth sogleich hinlängliche Wohnungen bereit sind, ist gewiß. Der Herr Korrespondent macht sich um die hiesigen Mietherr unnöthige Sorgen und Anderen zwecklosen Kummer; wenn er sich hierher bemüht, kann er mehr einsehen und miethen als er braucht, und so wird Jeder für sich sorgen, wie es anderwärts auch gehalten wird. In welcher Stadt stehen denn 54 Logis zu jeder Stunde leer und unbewohnt? Dieser Ort wäre zu bedauern und auch nicht für den Gerichtssitz geeignet, gleich jenem, der gar keine hat. Hier sind die Verhältnisse so, daß jedem Bedürfnisse, und namentlich in einiger Frist, genügend abgeholfen werden kann — das ist die Hauptsache. Man vermist Annehmlichkeiten des Lebens u. dergl., aber was mangelt denn, was haben diese mit der Justizverwaltung zu thun, und wo sind sie alle beisammen zu treffen? Was fehlt und für die Gerichtsmitglieder nothwendig ist, wird sich geben; wir glauben, daß letztere selbst einige Wirkung machen sollen, sonst hätten sie ja keine Bedeutung, und namentlich wegen des Einflusses auf die Lokalverhältnisse ist ja die Verlegung für einzelne Orte von Wichtigkeit. Wir sind also der Ueberzeugung, daß mit der Verlegung hierher Niemanden, der Berücksichtigung ansprechen darf, geschadet, hiesiger Stadt und Gegend viel genützt wird, und daß die zum Wechsel genöthigten Personen, zwischen Karlsruhe und Heidelberg in der Mitte, hier einen angenehmen Aufenthalt finden werden, also dieses Ereigniß die großherzogl. Regierung zu keiner abändernden Entschliebung veranlassen kann.

Stuttgart, 8. Februar, Mittags 1 Uhr. (S. M.) In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten wird über das Papiergeld verhandelt. Die Sitzung wird voraussichtlich lange dauern; reicht die Zeit zu, so werden wir in einer Nachschrift den Beschluß noch mittheilen. Für jetzt können wir bloß sagen, daß die Mehrzahl der Kammermitglieder gegen Papiergeld zu seyn scheint, und daß der Hr. Finanzminister sich bestimmt dagegen ausspricht. — Nachschrift: Die Frage: Soll auf diese Landtage beschloffen werden, sofort Papiergeld zu kreiren? wurde mit 48 gegen 40 Stimmen verneint.

Frankfurt a. M., 8. Februar. (Korresp.) Es wird behauptet, es sey abermals die Bildung einer Kontrebank im Werke, die auf Aktien gegründet werden und dazu bestimmt seyn solle, die homburger Spielbank zu sprengen. Mehre angeblich vornehme Spanier sollen im Augenblicke mit der Unterbringung der Aktien zu dieser neuen Kontrebank beschäftigt seyn. Ob sie Thoren und genug Thoren für ihre Papiere finden werden? Das zweimalige Mißlingen der belgischen Kontrebank ist zum Wenigsten nicht sehr ermunternd. Ist es aber nicht auffallend, daß alle diese Kontrebank-Projekte immer nur gegen die homburger Spielbank und gegen keine andere gerichtet werden? Liegt da nicht die Vermuthung einer heillosen Intrigue nahe, welche von Jahr zu Jahr die Zahl der Opfer, die an dieser Spielbank verbluten, systematisch vermehrt? Eine strenge Ueberwachung dieser Umtriebe scheint auf's Höchste geboten. — Von den verschiedenen Reiserouten zwischen London und den Ostindien ist die durch Deutschland via Triest zugleich die wohlfeilste, annehmlichste und kürzeste. Auf dieser Route wird die Reise von London bis Hong-Kong in höchstens 45 Tagen für etwa 1800 fl. zurückgelegt. Die Fahrt zwischen Triest und Alexandrien ist über 200 Seemeilen kürzer, als die zwischen Marseille und Alexandrien. — Unser Fondsmarkt verkehrte heute allgemein in einer flauen Stimmung bei nicht sehr ausgebeutem Umsatz. Es hieß, aus Stuttgart habe man durch die neuesten Handelsbriefe die Mittheilung erhalten, daß die Emission von unverzinslichem oder verzinslichem Papiergelde sehr ungewiß geworden sey, vielmehr die Negozirung eines 4 1/2 Proz. Anlehens zur Aufbringung der Summen, welche für die bereits in Angriff stehenden württembergischen Staatsbahnen erforderlich seyen, erwartet werden dürfte. In Folge dieses Gerüchtes waren besonders die württembergischen 3 1/2 procentigen Obligationen stark gedrückt; zu 90% (noch vor einigen Tagen war ihre Notirung 92) waren sie ohne Nehmer. Außerdem waren Gerüchte von einem bedeutenden Anlehen-Projekte eines großen norddeutschen Staats verbreitet, oder zum Wenigsten glaubt man jetzt Grund dazu zu haben, ein solches Anlehen zu erwarten.

Berlin, 31. Januar. (A. Z.) Die Rede, welche Prof. v. Rau

mer in der Sitzung der Akademie der Wissenschaften am 28. gehalten, bildet noch immer das Tagesgespräch. Man sagt (was ich natürlich bloß als charakteristisches Gerücht bezeichne), Sr. Maj. der König habe sich vor der Sitzung schon scherzend darüber geäußert: „Ich werde mir wohl wieder sagen lassen müssen, wie ich zu regieren habe, allein ich will Humboldt nicht böse machen und doch hingehen.“ Dieses Wohlwollen und dieses ruhige Hinnehmen freier Meinungen sind Züge, die, man möge sonst über einzelne Verwaltungsprinzipien denken wie man wolle, immer dankbarste Anerkennung verdienen. Uebrigens fällt ein Gegenatz auf. Pruz, dessen Vorlesung bei weitem nicht so scharf den jetzigen Richtungen entgegentrat, hat noch immer nicht die Erlaubniß erhalten können, nach seinem zensurirten Manuskript weiter zu lesen; v. Raumer hatte weder ein Manuskript zensuriren lassen müssen, noch sonst Inhibirungen erfahren, noch wird ihm seine freimüthige Aeußerung irgend nachträglich Unannehmlichkeiten bereiten. Er hat das volle Recht des Historikers für sich, seine Meinung über geschichtliche Verhältnisse unumwunden auszusprechen. So sehr wir ihm übrigens in der bekämpfenden Richtung gegen die Ungehörigkeit der Angriffe älterer Geistesgenossen gegen Friedrich u. vollends gegen die hochmüthig-heuchlerischen neuerer Zeiten, wo sich diese aufgethan haben oder aufstun sollten, beitreten, so wenig können wir die Hauptthesen seiner Rede zugeben, daß Friedrich's Worte: „In meinem Lande kann Jeder nach seiner Façon felig werden,“ aus einer Achtung vor der individuellen religiösen Ueberzeugung entspringen sey. Sie waren offenbar nur das Ergebnis der Gleichgültigkeit dagegen, sobald Rechtlichkeit und Geseßlichkeit nicht darunter litten. Dies ist ein Standpunkt der Ansicht, der sich hundertfach aus andern Aeußerungen des großen Königs ergibt. So schrieb er dem Konfistorium zu W., welches einen unehelich geborenen Kandidaten nicht anstellen wollte: „Das Konfistorium seind sel, sie wissen selbst, ob sie ehelich geboren sind.“ Einer Gemeinde in Schlesien, die wegen des Umbaus ihrer dunkeln Kirche petitionirte, antwortete er: „Selig sind, die da nicht sehen und doch glauben.“ Und vieles Aehnliche mehr, woraus hervorging, daß er auf die religiösen Ansichten eben kein Gewicht legte. Die ganze Zeit erklärt dies.

Aus Berlin, 3. Februar, läßt sich die „Bremer Zeitung“ schreiben, daß der Zuzug russischer Truppen in die südwestlichen Theile des Königreichs Polen trotz alles Widerspruchs dennoch stattgefunden habe und stattfinden. Es sey gewiß, daß die polnischen Angelegenheiten neuerdings eine bedrohliche Wendung genommen haben und das österreichische wie das preussische Kabinet lebhaft beschäftigen. In Gallizien zögen Banden in Menge umher; theils treibe der Hunger sie zum Aeußersten, theils diene er ihnen zum Vorwande. Die meisten Spießgenossen dieser Banden seyen alte Soldaten, die mit den Waffen umzugehen wissen, welche sie den Oelleuten geraubt haben. Gallizien komme, trotz aller Bemühungen der Behörden, nicht aus der Anarchie heraus.

Aus Breslau, 1. Februar, berichtet die „Bezer Zeitung“ über die nachtheiligen Wirkungen, welche die Ausdehnung des österreichischen Zollverbandes auf Krakau schon jetzt für den schlesischen Handel äußert. Bereits hat in Folge dieser Maßregel das bedeutende Handelshaus des Kommerzienraths Dyhrenfurt, das seine Verbindungen von Jassy bis Manchester erstreckt, seine Zahlungen eingestellt. Die Passiva werden auf 600,000 bis 800,000 Thlr. angegeben. Aus Krakau selbst erfährt man bei dieser Gelegenheit, daß sich auch dort der Handelsstand in großer Noth befindet. Dazu kommt dort eine auf Schrecken erregende Weise überhand nehmende Nahrungslosigkeit, welche nur von dem im benachbarten Gallizien herrschenden Glende übertroffen wird. In einigen Bezirken Galliziens grassirt eine Krankheit, welche von den dortigen Einwohnern mit dem Namen „Hungertod“ belegt worden ist. Auch die berliner Blätter schildern die nachtheiligen Folgen der Einverleibung Krakaus in den österreichischen Zollverband auf den schlesischen Handel. Der größte Theil der österreichischen Zollverband in Krakau könne seinen Verbindlichkeiten nicht mehr nachkommen und biete 5 Prozent, was denn natürlich ungeheure Verluste nach sich ziehe, die bis Berlin, Leipzig, Hamburg u. s. w. fühlbar würden.

Frankreich.

Paris, 6. Febr. (Korresp.) Durch eine königliche Entschliebung vom 13. Jan. hat der König den Herzog von Montpensier zum Oberkommandanten der Artillerie des Departements der Seine ernannt. Die Artillerie von Vincennes, die sämtlicher Forts und die der Garnison von und um Paris steht also von nun an unter seinem Befehle. — Die Verschmelzung der drei legitimistischen Blätter in eines findet morgen Statt. Heute erscheinen die „France“, die „Quotidienne“ und das „Echo français“ zum letzten Mal, und morgen wird die erste Nummer der „Union monarchique“ ausgegeben. — Die Erklärung des „Morning Chronicle“ vom 4. d. M., Lord Palmerston werde auf die letzte Note des Herrn Guizot nicht mehr antworten, wird heute von dem „Journal des Debats“ mit dem Bemerkn wiederholt, es sey nur zu loben, daß der britische Staatssekretär den ihm von Lord Aberdeen ertheilten Rath mit solcher Diskretion und Schnelligkeit befolgt habe. „Mieux vaut tard que jamais!“ — Oestern und vorgehern haben neue (kommunistische?) Verhaftungen stattgefunden; die Polizei soll nämlich auf folgende Weise zur Entdeckung aller der Mitschuldigen gekommen seyn. Am 21. Januar wurde ein Handwerker, Eugen G., der am Abende vorher einen Diebstahl in der Straße St. Honoré verübt hatte, verhaftet, und erschloß sich auf dem Wege nach der Polizeipräfektur. Zwei seiner gewöhnlichen Helfershelfer wurden an demselben Tage verhaftet, und ihre Aussagen, so wie die Nachsuhungen in Eugen G.'s Wohnung führten zur Entdeckung der ganzen Gesellschaft. Unter den Verhafteten befindet sich auch ein Belgier, der in einem politischen Prozesse schon einmal zu fünf Jahren Gefängniß verurtheilt worden war, und ein Koch, bei dem man ein sehr bedeutendes Depot von kommunistischen Büchern und Broschüren und eine sehr umfangreiche Korrespondenz fand. Diese Korrespondenz ist es, die noch immer neue Verhaftungen veranlaßt.

Paris, 5. Februar. (Korresp.) Abermals hat nur eine Rede, die des Herrn Guizot, die ganze Sitzung der Deputirtenkammer ausgefüllt, denn Herr Billault, der nach ihm kam, wurde mit weniger Aufmerksamkeit angehört. Herr Thiers hatte vorgestern schon die Debatte auf eine sehr schmale Basis beschränkt, er hatte der ganzen Politik des Ministeriums in Bezug auf Spanien seine Zustimmung gegeben und nur behauptet, die Heirath der Infantin sey mit Uebereilung geschieden und hierdurch, so wie durch Mangel an Offenheit habe man England beleidigt und das Zerwürfniß herbeigeführt. Herr Guizot hatte also nicht die Politik der Regierung zu verteidigen, sondern nur das Benehmen derselben, die Formen, die „procédés“, hier war ihm ein doppelter Vorwurf gemacht worden, die Heirath sey ohne Noth und d. h. nicht übereilt worden, und die französische Regierung habe durch Verheimlichung der Negotiationen unredlich gegen England gehandelt. Gegen beide Vor-

würde rechtfertigte sich Herr Guizot mit einer Klarheit der Darstellung, einer enggeschlossenen Logik der Schlüsse, einer Kraft und Ueberzeugung der Rede, daß selbst dem vorurtheilsvollsten, befangensten Zuhörer kein Zweifel mehr bleiben konnte, und daß man mit Recht sagen kann, dieser große Prozeß der spanischen Heirathen ist vor Frankreich, vor England, vor ganz Europa geschlichtet, und die französische Regierung ist glänzend gerechtfertigt. Es ist unmöglich, ein Resumé der zweistündigen Rede des Herrn Guizot zu geben, da sie größtentheils aus Mittheilung von ganzen oder Bruchstücken von Depeschen bestand, aber es geht aus diesen Dokumenten, alle Kommentare bei Seite lassend, klar hervor, daß Lord Palmerston, während er Herrn Guizot sechs Wochen lang ohne Antwort ließ, in Madrid alle möglichen Intriquen aufbot, um die Kandidatur des Prinzen von Koburg durchzusetzen, daß das französische Kabinet durchaus nicht seine Zustimmung zu der gleichzeitigen Vermählung der Infantin und der Königin geben wollte, und in dieser Hinsicht erst im letzten Augenblicke, dem Drange der Umstände und einem moralischen Zwange nachgebend, seine Einwilligung ertheilte. Herr Guizot ging nun, nachdem er diese Frage ganz und gründlich erschöpft hatte, zu der Lage Frankreichs gegenüber den Mächten über, und wies hier nach, daß die Stellung Frankreichs in Spanien unbestreitbar eine bessere sey, als je, daß das Mißverhältniß mit England, durch die gemeinschaftlichen Interessen, Motive und Nothwendigkeiten beider Länder, sich bald ausgleichen werde und wünsche, daß Englands Besorgnisse nur daher rührten, weil es glaube, Frankreich wolle sich durch seinen Einfluß in Spanien eine ausschließliche Herrschaft im Mittelmeere anmaßen; dies sey aber eine irrige Ansicht, von der man in England bald zurückkommen werde. Das Mittelmeer sey kein französischer See, dürfe keiner seyn, sondern allen betheiligten Nationen gleich gehören, und Frankreich behalte sich nur vor, seine zahlreichen Interessen daselbst zu überwachern. Was die drei nordischen Großmächte betrafte, so könne Frankreich allerdings nicht auf ihre Sympathien zählen, England werde fortwährend alle Anstrengungen machen, sie im Interesse seiner spanischen Politik an sich und gegen Frankreich zu schließen, aber so lange Frankreich auf seiner Politik der Erhaltung des Friedens, der Ordnung beharre, habe man nicht zu fürchten, daß die drei Nordmächte den Verlockungen Englands nachgeben würden. Die Mächte zweiten Ranges endlich, die in Frankreich nicht mehr die Revolution und die Eroberungssucht fürchten, wünsche vielmehr, daß es groß und stark sey, und betrachten es als die Schutzwache ihrer Unabhängigkeit. Dies sey die Lage Frankreichs, sie sey sehr ernst, aber dennoch habe Frankreich nicht zu bebauern, daß es selbstständig gehandelt und, Dank seiner konservativen Politik, zum ersten Mal seit 1830 und ohne ernste Gefahr einen so bedeutenden selbstständigen Schritt gethan habe. Herrn Guizot's Rede erregte die größte Sensation, die Sitzung wurde eine halbe Stunde lang unterbrochen und Alles drängte sich glückwünschend um ihn. Man muß die ganze Rede mit allen Zitaten lesen, um sich einen schwachen Begriff von dem ungeheuren Eindrucke, den sie, mit Guizot's großer Rednergabe vorgetragen, auf die gespannt lauschende Versammlung machte. Nach Herrn Guizot kam Herr Villault und proklamirte seine neue Politik, die englische Allianz taue nichts, die russische noch weniger, aber man müsse eine Allianz mit Preußen schließen, so die Allianz der drei Nordmächte zerprengen, Preußen werde dann gleich eine Konstitution bekommen, und das konstitutionelle Frankreich allirt mit dem konstitutionellen Preußen könne mit Rußland und England dann umspringen wie es wolle. Dieses Utopien wurde von Herrn Villault mit so vieler Bonhomie vorgetragen, daß Niemand Einwendungen erhob; Herr Guizot lächelte im Stillen und Herr Thiers lachte in's Fäustchen, als er sah, wie sein neuer Konkurrent sich selbst ruinire, die Zentrums schwagten und die Linke, die sich in die neue Allianz nicht finden konnte, machte ein Gesicht wie der ungläubige Thomas. Ein Dupin oder ein anderer kaustischer Redner der Kammer hätte Herrn Villault ernstlich in Verlegenheit bringen können, wenn er ihn gefragt hätte, auf welche diplomatische Eröffnung oder volksthümliche Manifestation hin er denn an eine Geneigtheit Preußens sich Frankreich zu alliren schliesse, oder auf welche Basis der Interessen, Ansichten und Zwecke er als französischer Minister Preußen eine Allianz bieten wolle? Herr Villault würde nicht zu antworten gewußt haben, denn seine, vielleicht unbewußte Arrière-pensée: Preußen solle bei dieser Allianz die Rolle seyn, die dem Affen Frankreich die Kasanien aus dem heißen Ofen Englands oder Rußlands holt, hatte er wohlweilich verschwiegen. Alle diese Politik treibenden Advokaten u. Kammerchwäher sprechen von einer Allianz mit Deutschland, ohne je noch über die Basis derselben nachgedacht zu haben. Die englische Allianz hat einen Zweck gehabt, nämlich das nöthige Gegengewicht der beiden konstitutionellen Regierungen gegen die drei absoluten zu bilden, die russisch-französische Allianz hätte den Zweck, sich gemeinschaftlich zu vergrößern und nach und nach Europa zu theilen, aber eine Allianz mit Preußen ohne Oesterreich, ohne das ganze übrige Deutschland, ohne Bildung eines starken ardonirten Zentral-Europas, das Häfen in allen Meeren hätte, alle großen Flüsse, alle großen Gebirgszüge Mittel-Europas dominirte, und das nicht nur durch politische Zwecke und Interessen aneinander geknüpft, sondern auch in kommerzieller, industrieller und finanzieller Hinsicht ein Bund, ein Zollverein wäre, eine solche Separat-Allianz ist ein Unsinn. Sie würde Preußen von Deutschland, wo es stark ist, trennen, und es von Frankreich abhängig machen, wo es schwach wäre. Wir werden diese preußisch-französische Allianz nun wahrscheinlich in allen künftigen Reden des Herrn Villault wieder hören zu Tode. Nach Herrn Villault verlangte Herr Berryer die Vertagung der Debatte auf heute, weil er, wie das „Debat“ spöttisch sagt, „eine Rede zu halten wünsche.“ — Das „Debat“ gibt heute eine Aufzählung und theilweise Uebersetzung der von Lord Palmerston in Bezug auf Krafau dem englischen Parlamente vorgelegten Aktenstücke. Es sind 44 Stücke, die wohl die Protestation des englischen Kabinet, aber nicht die vom Fürsten Metternich hierauf ertheilte Antwort enthalten. Wichtig ist die Note 17 des Obersten Duplat vom 10. März 1846, wo er Lord Aberdeen auf die kommerzielle Wichtigkeit eines unabhängigen Krafau's für England aufmerksam machte.

A b g e o r d n e t e n k a m m e r vom 6. Februar. Präsident: Hr. Sauzet. Hr. Berryer bestieg die Tribüne und sagt: „Die Kammer hat die vollständige Erklärung des Hrn. Ministers der auswärtigen Angelegenheiten vernommen; man kann nun ein Urtheil fällen. Ich theile das Vertrauen in der Handlungsweise des Ministers nicht. Ich sehe nicht ein, daß der Frieden, von dem im § 2 die Rede ist, mit solcher Bestimmtheit gesichert ist. Man muß den Schleier, der dies Alles umhüllt, zerreißen, und die Lage wie sie ist darstellen. Ich glaube nicht an die Aufrechthaltung des Friedens.“ Hr. Berryer resumirt die Debatte und spricht in demselben Sinne, wie Hr.

Thiers; das Ministerium habe die hundertjährige (seculaire) Politik in Bezug auf Spanien befolgt. Er geht bis auf Ludwig XIV. zurück; Ludwig XIV. wollte das Haus Oesterreich von der spanischen Thronfolge ausschließen. Hr. Berryer meint, die Verbindung mit England werde nicht sobald wieder hergestellt werden, und gerade jetzt käme es zum Bruch zwischen Frankreich und England, wo letzteres so wichtig im Mittelmeere sey und nun auf seiner Hut seyn werde. „Ich billige,“ fährt der Redner fort, „was geschehen, und es ist ganz recht, daß kein fremder Prinz auf den Thron Philipps V. gekommen. Allein es häufen sich Schwierigkeiten auf die nahe Zukunft; wenn die Königin keine Kinder hinterläßt, sey Ihr gefaßt, den Kampf, der Euch bedroht, zu bestehen. Es bleibt nur Eins zu thun übrig: zieht von der Lage, die Ihr England gegenüber habt, den gehörigen Nutzen, und stellt in Spanien das salische Gesetz wieder her. Die Pragmatik Ferdinand VII. hat Spanien von dem Festlande getrennt (Bewegung). Nun ein Wort über Krafau. Nicht plötzlich haben die Großmächte diesen Schlag ausgeführt; nach und nach mit Bedacht. Durch die Besetzung Krafau's durch den General Coltin wurde schon die Verfassung umgestoßen. Sachen, die dem Journal „le Portefeuille“ bekannt waren, wie konnten sie der Regierung unbekannt geblieben seyn.“ Hr. Berryer greift die Politik im Libanon an und schlägt am Schlusse folgendes Amendement vor: „Frankreich wünscht den Frieden, und wird ihn unter Sicherstellung (sauve garde) seiner Interessen und seiner Würde zu behaupten wissen.“ — (Die Rede des Herrn Berryer macht großes Aufsehen; der Lärm greift um sich, und der Präsident bemüht sich umsonst, die Ruhe herzustellen). Hr. Odillon Barrot spricht einige Worte, ohne gehört zu werden, und endlich ergreift Hr. Hebert das Wort, um das Amendement zu bekämpfen. (Abgang der Post.)

S t r a ß b u r g, 8. Februar. Die Noth wird bei uns immer allgemeiner, da die Nahrungsmittel von Tag zu Tag weniger und theurer werden. Man war auf ein Steigen der Getreidepreise auf dem Marke vom Freitag, den 5. Februar, gefaßt, aber dieses Steigen hat alle Erwartungen übertroffen. Der Mittelpreis des hektoliter Weizen hatte auf dem Marke vom 29. Januar 38 Franken betragen, am 5. Februar ist er auf 44 Franken gestiegen und wurde selbst zu 48 Franken verkauft; der niedrigste Preis war 40 Franken. Der Markt war wenig versehen. Die Brodtare hat natürlich in einem starken Verhältniß steigen müssen. Das Kilogramm Vollbrod ist von 54 Cent. auf 63 Cent. gestiegen, das Kilogramm Schwarzbrod von 41 Cent. auf 47 Cent.

S t r a ß b u r g, 9. Febr. Das fortwährende übermäßige Steigen der Getreidepreise hat in allen Klassen der hiesigen Bevölkerung eine schmerzliche Aufregung veranlaßt, da die Leiden der Bürger und arbeitenden Klasse beinahe unerträglich geworden sind. Der Preis des Weizens kommt in diesem Augenblicke jenem des unheilvollen Jahres 1817 gleich. Der Fruchtpreis ist bei uns im Elsaß höher gestiegen, als in irgend einem Theile Frankreichs; er ist so hoch, daß der Arbeiter in seinem täglichen Lohne durchaus die Mittel nicht mehr findet, sich und seine Familie zu ernähren. Diese außerordentliche Lage erfordert außerordentliche Mittel, und unser Maire hat Maßregeln ergriffen, welche hoffen lassen, daß die Verproviantirung unserer Stadt gesichert und das Vertrauen in die Gemüther zurückgeführt werde. Bereits hat der Gemeinderath 80,000 Fr. bewilligt, um jeden Tag mehr als 1000 Arbeiter zu beschäftigen, dazu kommen 35,000 Fr. als Ertrag einer Kollekte. Nun hat aber der Maire den Gemeinderath auf's Neue versammelt, und demselben die ganze Bedenklichkeit der Lage, die Nothwendigkeit, die Bevölkerung auf wirksame Weise zu unterstützen und zu diesem Zweck der Gemeindefasse noch beträchtlichere Opfer aufzulegen, auseinandergesetzt. Nach einstimmigem Beschluß des Gemeinderaths sollen von den hiesigen Hospizien 3000 Hektoliter Weizen entlehnt und für den örtlichen Verbrauch zu Markte gebracht werden; eine weitere Anleihe von 3000 Hektoliter Weizen soll mit Ermächtigung der Regierung bei den Militärmagazinen gemacht und damit der Markt von Straßburg zur örtlichen Konsumtion verproviantirt werden. Zugleich wird eine Kommission aus zehn Mitgliedern des Gemeinderaths gebildet, welche in kürzester Frist einen Bericht über die gegenwärtige Lage zu entwerfen und Mittel zur Verproviantirung der Stadt vorzuschlagen hat. Endlich wird der Gemeinderath die Regierung und nöthigenfalls die Kammern über die Bedenklichkeit der ganz ausnahmweisen Lage, in welcher sich das Elsaß und besonders Straßburg befindet, aufklären, und die Sorgfalt und das kräftige Einschreiten des Ministeriums in Anspruch nehmen. Obwohl die Stimmung der Bevölkerung des Elsaßes im Allgemeinen eine gute genannt werden kann, obwohl die Behörden und vor Allem die elsässische Presse in ehrenwerther Gesinnung Allem aufbieten, die übertriebenen Besorgnisse zu zerstreuen, das Volk zur Geduld zu ermahnen und die zweckmäßigsten Maßregeln zur Abwendung der Noth zu ergreifen, so ist doch in der That eine ängstliche Unruhe nicht zu verkennen. Man tadelt in allen Klassen der Bevölkerung die Regierung, welche nicht nur nichts thut, und die Stadt ihren alleinigen Hülfquellen überlasse, sondern auch noch die mäßige Besteuer abzwange, welche die Stadt von den zur Verteilung unter die Gemeinden bestimmten 4 Millionen verlangt. Bereits werden allerlei Gerüchte und Verläumdungen ausgestreut, um die Gemüther zu erbittern und die Leidenschaften zu entflammen; schon gehen die Worte „Spekulanten“ und „Wucher“ von Mund zu Mund; man nennt Namen, bezeichnet ehrenwerthe Bürger, daß sie auf die öffentliche Noth spekuliren wollen, ohne daß irgend eine Thatsache dergleichen Beschuldigungen rechtfertigt. Man scheut sich sogar nicht, den Namen des Maire zu nennen und diesen Beamten selbst als Spekulanten darzustellen, obgleich er schon im November alle seine Vorräthe zu Markt gebracht. Was das Uebel sehr verschlimmert, ist aber der Umstand, daß in der That Einzelne aus der allgemeinen Noth Nutzen zu ziehen suchen. So sehen wir aus einem Umlaufschreiben des königlichen Procurators an die H. Maires des Elsaßes, daß zahlreiche Individuen die Landgemeinden durchlaufen und die Eigentümer von Getreidevorräthen, indem sie mit den Letztern unter allerlei trügerischen Mitteln Verkäufe abschließen, von den Märkten abzuhalten suchen und auf solche Weise die natürliche Konkurrenz des freien Handels hemmen. Der königl. Procurator fordert die Maires auf, solchem Treiben entgegen zu wirken und alle Diejenigen snehmern zu lassen, welche durch sträfliche Umtriebe und verbotene Mittel eine Preiserhöhung zu bewirken suchen. Es wird dabei insbesondere von dem königl. Procurator auf die Artikel 419 und 420 des Strafgesetzbuches aufmerksam gemacht. — Wir sehen jedenfalls aus allen diesen Maßregeln, daß die Besorgnisse nicht ganz ungegründet, und daß wir nur wünschen können, durch Anknüpfung fremden Getreides schlimmern Gefahren zu entgehen.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers.

